

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 406
Telefon: (0 22 21) 21 90 35/39
Telex: 08 88 846-48 ppbn d

Inhalt

Hans-Jochen Vogel MdB, Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-Präsidiums, setzt sich mit der gespaltenen Meinung des ZdK-Präsidenten und bayerischen Kultusministers Maier zum Recht der elterlichen Sorge auseinander.

Seite 1/2

Knut Terjung, Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, dokumentiert die straußschen Windungen und Wandlungen in der Frage einer Kanzler-Kandidatur.

Seite 3 bis 7

Klaus von Dohnanyi MdB, Staatsminister im Auswärtigen Amt, zu den Lomé-Verhandlungen: "Unterbrochen, nicht abgebrochen."

Seite 8

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 100

28. Mai 1979

Maiers Sorge

Zu einer Erklärung des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-Präsidiums

Professor Dr. Hans Maier hat sich nach der 2. und 3. Lesung des Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge im Deutschen Bundestag als Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken noch einmal zu diesem Gesetzentwurf geäußert und behauptet, er verrate ein gestörtes Verhältnis zur Familie und beeinträchtige das grundgesetzlich gesicherte Elternrecht.

Das ist ein harter, aber auch ein unverständlicher Vorwurf.

Noch am 16. Februar 1979 begrüßte der gleiche Hans Maier die Beschlüsse des Rechtsausschusses zum gleichen Entwurf. Damals hieß es, diese Beschlüsse hätten den vom Zentralkomitee geäußerten Bedenken weithin Rechnung getragen.

Warum soll das jetzt nicht mehr gelten?

Maier selbst nennt als Grund nicht mehr die lang umstrittene Fassung des § 1666 BGB, sondern nur noch die angebliche Normierung eines "Erziehungsbildes". Damit meint

er offenbar die Bestimmung des § 1626 Abs. 2. Diese lautet:

"Bei der Pflege und Erziehung berücksichtigen die Eltern die wachsende Fähigkeit, das wachsende Bedürfnis des Kindes zu selbständigem, verantwortungsbewußtem Handeln. Sie besprechen mit dem Kind, soweit es nach dessen Entwicklungsstand angezeigt ist, Fragen der elterlichen Sorge und streben Einvernehmen an."

Das ist kein Leitbild, sondern eine Orientierungshilfe. Und der hier ausgedrückte Gedanke ist überdies identisch mit dem, was Papst Johannes Paul II. am 13. Januar 1979 in einer Rede vor dem Komitee der europäischen Journalisten für die Rechte des Kindes so ausgedrückt hat:

"Wenn die Kirche so handelte, betrachtete sie, ohne deshalb immer den neuen Begriff 'Rechte des Kindes' anzuwenden, tatsächlich das Kind nicht als nutzbares Individuum, nicht als Objekt, sondern als Subjekt mit unveräußerlichen Rechten, als eine Persönlichkeit, die zu ihrer Entfaltung geboren wird, die einen Eigenwert, eine 'einmalige Bestimmung besitzt' und 'von den Rechten des Kindes' sprechen, heißt in Wahrheit von den Pflichten der Eltern und Erzieher sprechen, die im Dienst des Kindes und seiner höheren Interessen stehen. Aber das heranwachsende Kind muß auch selbst an seiner Entwicklung Anteil haben, indem man ihm Verantwortung überträgt, die seinen Fähigkeiten entspricht."

Maier wendet sich also im Grunde dagegen, daß sich ein vom Papst formulierter Gedanke sinngemäß in einem deutschen Gesetz wiederfindet. Das legt die Vermutung nahe, daß Maier hier nicht eine elterliche und auch nicht eine katholische, sondern mehr eine parteipolitische Sorge, nämlich die Sorge des CSU-Politikers äußert, der Opposition könne hier ein ideologisches Schlaginstrument abhanden kommen. Maier sollte das noch einmal überdenken und sich dann vielleicht den Kirchenvertretern anschließen, die nach einer Meldung der Katholischen Nachrichten-Agentur meinen, "daß man mit der jetzt verabschiedeten Fassung des Gesetzes, die nicht zuletzt auf Grund kirchlicher Proteste entschärft worden sei, durchaus leben könne".

(-/28.5.1979/bgy/ea)

+ + +



Strauß "in voller christlicher Nächstenliebe"

Unions-"Spiel mit einer Unbekannten": dem Wähler

Von Knut Terjung

Sprecher der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Alle drei - Franz Josef Strauß, Helmut Kohl, Ernst Albrecht - wollten gestern - freilich getrennt, ein jeder für sich - kirchliche Einkehr halten, wußte "Bild am Sonntag" zu berichten, um dann die Frage anzuschließen: "Ob Beten der CDU/CSU noch hilft?"

Daß der große Vorsitzende der kleinen Schwesterpartei die CDU am Himmelfahrtstag wissen ließ, er stehe jetzt als Kanzlerkandidat an, hat sich die CDU selbst zuzuschreiben. Denn allzu lang schon fügt sich die große Schwesterpartei willig den eigenwilligen Anweisungen aus München. Die "paritätisch" von CDU und CSU besetzte Strategiekommision hat die gewählten Mitglieder der CDU-Entscheidungsgremien zu Erfüllungsgehilfen degradiert. Seriöse Politiker der Art von Dr. Schröder und Gradl müssen hinter Herren wie Marx, Hupka, Czaja zurückstehen.

In dem Maße, in dem die Union in der Fähigkeit abnahm, Alternativen zur Politik der von Helmut Schmidt geführten sozial-liberalen Bundesregierung zu entwickeln, steigerte sie sich in einen blindwütigen Konfrontationskurs hinein, der seinen Ausdruck in der vergiftenden Parole "Freiheit oder/statt Sozialismus" findet. Die Kandidatur des Herrn Strauß ist daher nichts anderes als die Konsequenz des Rechtsrucks, den die Führung der CDU mit vollzogen hat.

Wer sich dem Irrglauben hingegeben hatte, der CSU-Vorsitzende würde sich als bayerischer Ministerpräsident aufs Altenteil begeben, hat eine Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der drohte noch am 3. Mai dieses Jahres von Brüssel her im ZDF:

"Der Geist von Franz Josef Strauß schwebt immer noch über dem Bonner Wasser."

Den "Geist" werden diejenigen, die ihn gerufen haben - oder zumindest haben gewähren lassen - jetzt nicht mehr los. An Christi Himmelfahrt hat er - zum Schrecken von Helmut Kohl, dem selbsternannten Adenauer-Erben - Gestalt angenommen.

Bittere Ironie des politischen Schicksals des Herrn Kohl: Die pfälzische Nummer Eins der Union, Stück für Stück dem Drängen des Bayern nachgebend, die CDU immer mehr nach rechts driften lassend, um seinen eigenen Kopf zu retten, ist schließlich doch Opfer von Strauß geworden und derer, die er herangezchtet hat.

Die Strategen und Technokraten im Konrad-Adenauer-Haus, die in diesen Tagen bundesweit das überlebensgroße Abbild des siegesstrahlenden Kohl für die bevorstehende Europawahl plakatieren ließen, sind in keiner beneidenswerten Position. Sollen sie noch ganz rasch mit Strauß überleben oder sich entsprechend auf das Doppelkopf-Spiel Strauß/Albrecht einlassen?

Seitdem Straußens Bonner Statthalter, Fritz Zimmermann, seinen "bayerischen Kurfürst zum Kaiser der Bundesrepublik Deutschland nominiert" (sic!) hat, drängeln sich jedenfalls bereits eifrige karrierebewußte Herren beider Schwesterparteien zur Gratulationscour, bringen Weihrauch und Myrrhe dar. Ein Mann wie Dr. Marx schreckt in seinem Edel-



mut nicht einmal vor der Erklärung zurück, er werde Strauß natürlich nur dann hofieren, wenn Kohl partout nicht mehr Kanzlerkandidat sein wolle.

Eindrucksvoll begonnen hatte das "Mensch-ärgere-Dich-nicht-Spiel" (so Strauß), um den gemeinsamen Kanzlerkandidaten spätestens mit dem Datum des 19. Juni 1975. Damals durfte der ehemalige Bundeskanzler und CDU-Ehrenvorsitzende Kurt Georg Kiesinger den lange Zeit hingehaltenen Journalisten den "gemeinsamen Beschluß der Präsidien von CDU und CSU" verkündigen:

"CDU und CSU sind entschlossen, den Bundestagswahlkampf 1976 mit dem gemeinsamen Ziel zu führen, durch einen Regierungswechsel eine Änderung des politischen Kurses herbeizuführen, um weiteren Schaden von der Bundesrepublik auf innen- und außenpolitischem Gebiete abzuwenden und einer verhängnisvollen politischen Entwicklung zu einer sozialistischen Gesellschaft ein Ende zu bereiten.

Die CDU hat Helmut Kohl als Kandidat für das Amt des Bundeskanzlers vorgeschlagen. Die CSU hat davon Kenntnis genommen, daß die CDU als größere Partei den Anspruch erhebt, den Kanzlerkandidaten zu stellen.

Die CSU hält an ihrer Bewertung fest, daß ihr Vorsitzender der geeignete Kandidat ist."

Wer Kommuniqués gewohnt zu lesen ist, mußte diesen Text als von der CDU hingenommene eindeutige Kampfansage der CSU begreifen. Kiesinger fiel damals die undankbare Rolle zu, das für die Union verhängnisvolle Ergebnis positiv zu werten:

"Auch die CDU ist davon überzeugt, daß Helmut Kohl der richtige Kandidat ist. Und ich betrachte es als eine große Stärke beider Parteien, daß sie es, trotzdem sich also diese beiden Männer - wenn Sie so wollen - gegenüberstanden, erreicht haben, nun den Kandidaten der CDU gemeinsam zu unterstützen."

Wieweit es mit der Unterstützung der CSU her war, offenbarte deren Vorsitzender schon in der Wahlnacht der 1976 folgenden Bundestagswahl, als der Union ein Prozent zur Mehrheit fehlte; er wettete über die "Nordlichter" und rief, beinahe in Weltuntergangsstimmung, ungezügelt aus: "Jetzt gibt es keine Pietät mehr, jetzt wird gestorben!" (laut "Quick").

In einem "Spiegel"-Gespräch am 2. Januar 1978 versuchte Strauß - lammfromm -, das Bild des "bösen Wolfes" zu retuschieren:

"Wenn die CDU sich für Kohl entscheidet, gut, dann wird die CSU nicht mit dem Dolch im Gewande herumlaufen. Was wir wollten, ist, diese Frage ohne Voreingenommenheit und in voller christlicher Nächstenliebe, leidenschaftslos nach objektiven Kriterien zu diskutieren. Es ist ja nicht so, daß Kohl von seiten der CSU demontiert wird."

Seit eh und je hat sich Strauß bekanntlich abgemüht, wann immer die Nominierung eines Kanzlerkandidaten bei den beiden ungleichen Unionsschwestern anstand, gänzlich leidenschaftslos und unambitiös zu erscheinen.

Noch manch einem in Erinnerung:

Er sehe es als reizvoller an, "in Alaska eine Ananasfarm zu errichten, als Bundeskanzler zu werden".
(Augsburger Allgemeine, 16. Dezember 1968)

"Kanzler zu werden, ist mir ein Gegenstand inneren Horrors; ich bin nicht der hechelnde Hund vor dem Palais Schaumburg."

Mai 1969 (laut "Spiegel")



Nach dieser kategorischen Art von Nein hat es Strauß ("ich weiß, daß ich ein führendes Mitglied des Vereins für deutliche Aussprache bin" - "Bild am Sonntag", 30. März 1975) immer wieder verstanden, orakelhaft um die Sache, daß es ihm selbst auf den Kanzler (-Kandidaten) ankommt, herumzureden und seine Freunde von der CDU zu nasführen. Beispiele:

"Ich hoffe, es geht dem deutschen Volk nie so schlecht, daß es glaubt, mich zum Bundeskanzler wählen zu müssen." (Mai 1971 laut "Spiegel")
(Vier Jahre später als "ironische Bemerkung" abgetan)

"Sollte eine Situation kommen, in der eine Mehrheit in der Fraktion glaubt, daß sie mich als den zweckmäßigen Kandidaten braucht, dann würde ich schweren Herzens Ja sagen." (6. August 1971 DFS)

"Ich schrecke vor dieser Verantwortung nicht zurück, wenn Umstände, Lage und Wunsch es erfordern. Mir ist es lieber, wenn diese Situation nicht eintritt... Es ist aber auch nicht so, wie es neulich eine Karikatur dargestellt hat, daß ich etwa mit aufgerissenen Augen und Ohren auf den Ruf der Nation warte." (17. Oktober 1971 Saarl. RF)

(Als Nummer zwei) "fühle ich mich wesentlich einflußreicher, als wenn ich als Nummer eins Klimmzüge machen müßte." (Februar 1972 laut "Spiegel")

Strauß: "Mich werden Sie erst aus der Deckung locken, wenn es Zeit ist, aus der Deckung herauszugehen."

Frage: Kanzlerkandidat?

Strauß: "Das sollte grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden. Aber es liegt nicht im Spektrum meiner Ambitionen."

Frage: Nördlich der Main-Linie waren Sie lange ein Wählerschreck. Ist das vorbei?

Strauß: "Das war nur ein Mangel an Bildungsreform."

("Stern" 21. März 1974)

"Bis jetzt hat mich niemand gefragt. Und wenn man mich fragen würde, dann würde ich mir das sehr gründlich überlegen, denn hier geht es ja nicht um persönlichen Ehrgeiz oder um die Erfüllung heimlicher Wünsche..."

(12. Juli 1974 DFS)

"Ich bin doch nicht Größenwahnsinnig. Ich werde bestimmt nicht in der Reihe der Kandidaten erscheinen." (14. Oktober 1974 ZDF)

Frage: Es ist ja schon eine gängige Redewendung, daß Franz Josef Strauß dann eine Chance hat, wenn er als Retter in der Stunde der Not antreten kann.

Strauß: "Ich wünsche mir keine Stunde der Not und werde nicht antreten."

(14. Oktober 1974 "Spiegel")

"Ich habe keine Ansprüche angemeldet, bloß möchte ich nicht als negative Tabufigur von vornherein gelten. Denn dafür habe ich keinen Anlaß."

(17. Oktober 1974 "Stern")

"Ich kann niemandem befehlen, mich zu rufen oder mich nicht zu rufen."

(13. März 1975 Westdt. Allgem.)

"Wenn ich zur Macht wollte, dann würde ich mich ganz anders verhalten. Dann würde ich versuchen, mich einschmeichelnder Redensarten zu bedienen, dann würde ich versuchen, die Öffentlichkeit durch gefällige Worte für mich zu gewinnen."

(17. März 1975 DFS)



Die Auswahl der Kanzlerkandidaten der Unionsparteien für die Wahl von 1980 müsse "aus mehreren" Politikern getroffen werden, "denen die Fähigkeit dafür zugesprochen wird. In diesem Sinne halte ich mich für eine dieser Persönlichkeiten".
(25. November 1977 ddp)

"Wir wollen das Kandidatenkarrussell nicht in Bewegung setzen, und ich will auch nicht aufsteigen. Wir wollen andererseits verhindern, daß hier vollendete Tatsachen geschaffen werden." Die Frage der Kanzlerkandidatur werde voraussichtlich im Frühjahr 1979 entschieden werden. "Und dann nicht mehr im Überrumpelungsverfahren wie beim letzten Mal, wo Professor Biedenkopf vorgeprescht war, obwohl er mündlich und schriftlich gebeten worden war, dies nicht zu tun."
(27. November 1977 "Bild am Sonntag")

"Ich hätte einmal ernsthaft zum Kanzler kandidieren und hätte mit einer jedenfalls aussichtsreichen Chance meine Aufstellung herbeiführen können. Das war im Jahre 1966, als die CSU einen Vorstoß machte und sich dann auf Kurt Georg Kiesinger einigte... Man hat uns natürlich zum Teil in der CDU übelgenommen, daß wir hier vorgeprellt waren. Aber andererseits war die schwelende Krise in Bonn so unangenehm, daß eine brauchbare und schnelle Lösung besser war, als lange Zeit über die bessere Lösung nachzudenken."
(2. Januar 1978 "Spiegel")

"Wenn alle von diesem Thema reden, rede ich nicht davon."
(7. Februar 1979 dpa)

"Rebus sic stantibus werde ich keine Kandidatur dieser Art annehmen."
(31. März 1979 DFS)

Frage: "Ist es denkbar, daß sie (die Union) mit zwei Kanzlerkandidaten in die Wahl zieht?"

Strauß: "Es ist denkbar, daß man der künftigen Fraktion diese Entscheidung überließe; aber ich habe hier meine eigenen Überlegungen noch nicht abgeschlossen. Das wird noch geraume Zeit dauern, bis ich so weit bin..."

Strauß: "Ich erhebe keinen Anspruch auf eine Kanzlerkandidatur."

Frage: Und wenn Sie gerufen werden?

Strauß: "Ich hoffe, nicht bei der Nacht, weil ich nämlich nicht im Bett sitze, um den Anruf nicht zu verpassen."
(2. April 1979 "Spiegel")

Am 14. Mai 1979 berichtet die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", durch das konzeptionslos wirkende Abstimmungsverhalten, das die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag zu familienpolitischen Entscheidungen einnahm, sei die Diskussion um die Kanzlerkandidatur noch verstärkt worden. In dieser Situation finden Berichte wie der des straußfreundlichen Wochenblattes "Welt am Sonntag" über einen "dramatischen" Sinneswandel innerhalb der CDU zugunsten einer Kandidatur von Strauß verstärkte Beachtung.

Am Himmelfahrtstag schließlich liegt die Erklärung des CSU-Vorsitzenden, er stehe zur Verfügung, auf dem Tisch. Zuvor hatte ein führender CSU-Politiker, der ausdrücklich nicht genannt sein wollte - bei dpa zitiert -, darauf hingewiesen, im Falle, daß die CDU Strauß als gemeinsamen Kanzlerkandidaten akzeptiere, würde die CSU dann auf eine bundesweite Ausdehnung verzichten.

Die sogenannte vierte Partei, mit der Strauß die CDU solange schon pestet, wäre also nichts anderes gewesen als ein Schacherobjekt zur Befriedigung der Machtinteressen eines einzelnen bayerischen Herrn?

Was dessen Strategie anbetrifft - längst als gemeinsames Gedankengut der beiden Unionschwestern zur Leitlinie ihrer Politik erhoben -, so schlage man nach in der



berühmt/berüchtigten Sonthofener Rede vom 18./19. November 1974. Die liest sich wie die Nutzanwendung aus einem von ihm selbst 1969 herausgegebenen Buch "Finanzpolitik - Theorie und Wirklichkeit", in dem es heißt:

"Man kann einem Volke, auch wenn es ihm gut geht, die Gegenwart als schwer erträglich und durch düstere Prophezelungen die Zukunft als gefährdet vorgaukeln, bis sogar Anwandlungen und Hysterie auftreten und durch Angstreaktionen erst die Gefahren heraufbeschworen werden, vor denen angeblich nur gewarnt werden soll. Dazu gehört auch der leichtfertige, das Gesetz der Dimensionen verletzende Gebrauch der Begriffe 'Krise', 'Depression', 'Inflation' und ähnliches."

Der gesamte Text von Sonthofen ist heute noch einmal von der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion als Pressematerial veröffentlicht worden.

In Vergessenheit geraten sollten doch wohl auch nicht Straußens freundliche Einlassungen zur Diktatur in Chile und seine leider wenig beachtete Rede zum Apartheidsregime in Südafrika, gehalten am 27. Oktober 1977 im Deutschen Bundestag.

Schließlich ein Zitat noch einmal aus einem Gespräch mit dem "Spiegel", zu dem sich Franz Josef Strauß offenbar immer wieder ganz besonders hingezogen gefühlt hat:

Strauß: "Die CSU hat durchaus das Recht, nach eins, zwei, drei CDU-Kanzlern auch ihrerseits einen zu stellen. Aber damit würden wir die bestehenden Probleme auch nicht gleich lösen oder sie auch nicht erleichtern."

Frage: Sie meinen, Sie hätten als Kanzlerkandidat die absolute Mehrheit auch nicht in der Tasche?

Strauß: "Ich bin doch nicht Größenwahnsinnig. Ich hielte es für möglich, aber für sehr problematisch."

Frage: Weil Sie natürlich auch eine Negativ-Figur sind und es Leute geben wird, die bei einem Kanzlerkandidaten Strauß die Union nicht wählen.

Strauß: "Aber sicher, das wird für jeden der in Frage stehenden Unions-Politiker unterschiedlich zutreffen. Die Frage ist nur, wer am meisten mobilisiert oder am meisten abstößt oder bei wem der polarisierende Effekt mehr Zuwachs sichert als Widerstände auslöst. Aber dies mit der absoluten Mehrheit ist, auch unabhängig von der Person, natürlich ein Spiel mit einer Unbekannten."

Sollte hier Herr Strauß die Wählerinnen und Wähler also vielleicht doch nicht ganz unterschätzen, die den Parteien und denen sie führenden Politikern auferlegen, nicht sich und ihren eigenen Interessen, sondern dem Gemeinwesen Bundesrepublik zu dienen, zum Wohle des deutschen Volkes, seinen Nutzen zu mehren und vor allem Schaden von ihm zu wenden? Im dreißigsten Jahr des Grundgesetzes, am Tag nach der Wahl Professor Carstens zum Bundespräsidenten hat Herbert Wehner gesagt: "Alle politischen Parteien stehen vor einer Reifeprüfung."
(-/28.5.1979/ks/ca)

+ + +



Die Lomé-Verhandlungen unterbrochen, nicht abgebrochen

Der europäische Nord-Süd-Dialog vor der Entscheidung

Von Klaus von Dohnanyi MdB
Staatsminister im Auswärtigen Amt

Nach insgesamt fast dreitägigen Verhandlungen haben sich die Vertreter der 57 Staaten des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raumes (AKP) und die Vertreter der EG am vergangenen Samstag in Brüssel geeinigt, ihre Beratungen zu unterbrechen. Die gemeinsame EG-AKP-Konvention hat in einer Reihe wesentlicher Fragen Einigung erzielt und konnte unterschiedliche Positionen einander annähern. Für den Entwicklungsfonds des Abkommens hatte die Europäische Gemeinschaft 5,1 Milliarden Europäische Rechnungseinheiten (12,8 Milliarden DM) einschließlich von Darlehen der Europäischen Investitionsbank angeboten. Gegenüber dem Finanzrahmen des ersten Abkommens zwischen den AKP und EG-Staaten, das Ende 1980 ausläuft, bedeutet dies eine Erhöhung von mehr als 50 Prozent. Den AKP-Staaten erschien dieses Angebot nicht ausreichend. Allerdings wird es kaum möglich sein, über dieses Angebot, das in langen Verhandlungen innerhalb der EG erreicht worden ist, hinauszugehen.

Dennoch sind die Verhandlungen nicht gescheitert. In abschbarer Zeit - man sollte dabei eher in Wochen als in Monaten rechnen - werden sich beide Seiten erneut treffen.

Das Abkommen vom Lomé ist die konkreteste und am weitesten ausgearbeitete Vereinbarung zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern. In Buchform gebunden umfaßt es einschließlich der Zusatzprotokolle, Warenlisten und so weiter mehr als 350 Seiten. Es ist völlig klar, daß Verhandlungen über ein derart umfassendes Abkommen stets außerordentlich schwierig sind. Auch die Beratungen in Brüssel verliefen bis zum Schluß ohne Konfrontation und in aufgeschlossener, sachlicher Atmosphäre. Wir stimmen mit den AKP-Ländern darin überein, daß wir ein großes Stück weitergekommen sind.

Das Abkommen von Lomé ist beispielhaft für die Zusammenarbeit von Industrie- und Entwicklungsländern. Die Exporterlaßstabilisierung (Stabex) zum Beispiel, die das Abkommen von Lomé vorsieht, sichert den Entwicklungsländern, die häufig vom Export weniger Rohstoffartikel weitgehend abhängig sind, eine stabile und kontinuierliche Entwicklung. Auch die Öffnung der europäischen Märkte für die Entwicklungsländer ist gerade in einer Zeit, in der der freie Welthandel durch sich ausbreitende protektionistische Tendenzen immer mehr bedroht wird, beispielhaft für eine Handelszusammenarbeit, die auf lange Sicht beiden Seiten nur Vorteile bieten kann. Angesichts dieser Erfolgsbilanz, die wir aus dem ersten Abkommen von Lomé ziehen können, versteht es sich von selbst, daß von einem Scheitern der Brüsseler Verhandlungen keine Rede sein kann. Die Beratungen sind unterbrochen, nicht abgebrochen worden.

Beide Seiten werden die Pause, die jetzt eintreten wird, zu neuen Überlegungen nutzen müssen. Die Positionen sind nun klar. Eine längere Verzögerung nutzt niemandem. Was nicht vor der Sommerpause geschafft werden kann, wird erst spät im Herbst zu lösen sein. Vielleicht dann unter weniger günstigen weitweiten Wirtschaftsbedingungen. Einsicht, Kompromißbereitschaft und Tatkraft werden daher von allen Partnern verlangt.

(-/28.5.1979/vo-he/ca)

